28. April 2017

Sehr geehrte Damen und Herren,
liebe Freundinnen und Freunde,

es ist immer besser miteinander, anstatt übereinander zu sprechen. Deshalb standen in diesen Wochen viele internationale Gespräche auf meinem Terminplan. Vergangene Woche habe ich mich in Russland mit Vertretern von Verwaltung, Wirtschaft und Wissenschaft getroffen. Auch der Austausch mit Oppositionspolitkern war mir wichtig. In dieser Woche war ich auf Malta bei der Interparlamentarischen Konferenz zur Außen-, Sicherheits und Verteidigungspolitik. Mehr dazu lesen Sie auf Seite 2. Wie sich die ersten 100 Tage von Präsident Trump auf die USA ausgewirkt haben, möchte ich nächste Woche bei Gesprächen in Washington erfahren.

In München wurde die Marschrichtung der CSU für die Bundestagswahl 2017 gelegt. Unser bayerischer Innenminister Joachim Herrmann wird die Bundestagsliste anführen, die am 06. Mai aufgestellt wird. Herrmann ist der Garant für unsere Sicherheit in Bayern. Es ist ein Gewinn, dass er uns jetzt auch für die Bundespolitik zur Verfügung steht. Es wird ein harter Wahlkampf, aber ich freue mich darauf! Wir haben als Union die richtigen Antworten und Argumente. Rot-Rot-Grün hingegen ist ein Sicherheitsrisiko für unser Land – dieses Risiko gilt es zu verhindern!

Ich wünsche Ihnen ein schönes Wochenende!
Herzliche Grüße
Ihre

Julia Obermeier MdB | CDU/CSU-Bundestagsfraktion
Deutscher Bundestag Platz der Republik 1 | 11011 Berlin

Neues aus dem Netz

Julia Obermeier
24. April

Gemeinsam mit dem Verteidigungsausschuss des Deutschen Bundestages besuchte ich das Gefechtsübungszentrum in Gardelegen. Die Leistung der Männer und Frauen der Bundeswehr in Aktion ist immer wieder beeindruckend!

Julia Obermeier hier: Greding.
22. April

Landesvorstandssitzung des ASP - Arbeitskreis Außen- und Sicherheitspolitik der CSU

Interparlamentarische Konferenz auf Malta

Julia Obermeier MdB vertritt Deutschland auf der Interparlamentarischen Konferenz zur Außen-, Sicherheits- und Verteidigungspolitik der EU auf Malta.

v.l.n.r.: Michael Gahler MdEP, Julia Obermeier MdB und der Vizepräsident der Europäischen Volkspartei (EVP), David McAllister MdEP, auf der Konferenz auf Malta

Wie kann eine **realistischere Strategie für die Beziehungen der EU zu Russland** aussehen und wie können wir unsere **östlichen Nachbarn stärken**? Welche Antworten geben wir in der EU auf die **Instabilität und die Bedrohungen im südlichen Mittelmeerraum** und dem **mittleren Osten**? Diese beiden Fragen standen im Zentrum der Diskussionen auf der 10. Interparlamentarischen Konferenz für die Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik und die Gemeinsame Sicherheits- und Verteidigungspolitik (IPC GASP/GSVP), die von 26. bis 28. April auf Malta stattfand.

Julia Obermeier MdB: ***„Mehr Europa heißt auch mehr Sicherheit! Kein Nationalstaat der Welt kann die großen außen- und sicherheitspolitischen Herausforderungen unserer Zeit alleine bewältigen. Dem IS-Terror, dem Flüchtlingsstrom epochalen Ausmaßes oder der russischen Aggression in der Ukraine können wir nur gemeinsam und mit einer klaren Politik aller EU-Mitgliedstaaten erfolgreich begegnen. Für diesen Dialog zwischen den Parlamenten war diese Konferenz in Malta von großer Bedeutung!“***

Die **IPC GASP/GSVP** wurde **2012 gegründet** und ist Teil der Aktivitäten der parlamentarischen Dimension der EU-Ratspräsidentschaft und **tagt zweimal im Jahr** auf Einladung des Parlaments, das die Ratspräsidentschaft innehat. Die Konferenz bildet ein **Forum für die Parlamentier der 28 nationalen Parlamente** der EU, um Prioritäten in der **Gemeinsamen Außen-, Sicherheits- und Verteidigungspolitik** zu erörtern.

In der Gipfelerklärung einigte man sich darauf, eben in diesen Bereichen noch enger zusammenzuarbeiten und damit für die EU-Bürger mehr Sicherheit zu erreichen.

Als prominente Redner gaben u.a. der Außenminister Maltas, George Vella, und die Hohe Vertreterin der Europäischen Union für Außen- und Sicherheitspolitik, Federica Mogherini Impulse für die Diskussion.

Wichtige Schritte zu mehr innerer Sicherheit

Sicherheitsstruktur verstärkt

Mit einer ganzen Reihe von Sicherheitsgesetzen verbesserten wir in dieser Woche die Sicherheitsstruktur in unserem Land.

Die **Reform des BKA-Gesetzes** schafft den rechtlichen Rahmen für eine grundlegende **Modernisierung der polizeilichen IT-Systeme**. Es ist für die Alltagsarbeit der Polizisten und Kriminalbeamten von unschätzbarem Wert, wenn die IT-Systeme auf der Höhe der Zeit sind. Nur so ist der Wettlauf mit den Kriminellen zu gewinnen.

Wir haben diese Woche zudem die Voraussetzung geschaffen, um **Fluggastdaten zur Aufdeckung und Verfolgung terroristischer Straftaten** und schwerer Kriminalität zu nutzen. Für dieses Vorhaben haben wir jahrelang auf EU-Ebene gekämpft. Leider haben erst die Terroranschläge in Frankreich und Brüssel die linken Parteien im Europäischen Parlament einlenken lassen.

Ein besonderes Anliegen der Union ist der **stärkere Schutz von Polizistinnen und Polizisten und** anderen **Einsatzkräften** bei gewalttätigen Übergriffen. Auch hier haben wir in dieser Woche Verbesserungen beschlossen.

Zudem greifen wir bei der unterlassenen Hilfeleistung die **Problematik der „Gaffer“** auf, die die Einsatzkräfte in unverantwortlicher Weise bei ihrer Arbeit behindern.

Eins zeigen die aktuellen Zahlen ganz deutlich: Dort, wo die Union den Innenminister stellt, lebt man sicherer. In Nordrhein-Westfalen und Schleswig-Holstein ist das Risiko, **Opfer eines Einbruchs** zu werden, **sechsmal so hoch wie bei uns in Bayern**. Nordrhein-Westfalen hat die schlechteste Aufklärungsquote aller Flächenländer. Hier sieht man, dass **CDU und besonders die CSU**, die **Parteien der inneren Sicherheit** sind.

Die Polizeistatistik zeigt aber auch: **Wer Schutz sucht, darf nicht mit Kriminalität danken**. Es darf nicht sein, dass vermeintlich Schutzbedürftige trotz schäbigen und kriminellen Verhaltens weiter in unserem Land verbleiben dürfen.

Tatsächlich Schutzbedürftige, wie etwa **Syrer fallen vergleichsweise deutlich weniger negativ auf.** Verdächtige aus **Algerien, Marokko und Tunesien** hingegen werden **überproportional oft als Straftäter registriert**. Rot-Rot-Grün muss sich endlich der Realität stellen und ihre Blockadehaltung bei der Einstufung der Maghreb-Staaten als sichere Herkunftsstaaten aufgeben!

Menschen, die **kein Bleiberecht in Deutschland** haben, müssen von einer **Einreise abgehalten** werden bzw. **unser Land verlassen**, bevor sie kriminell werden. Opfer der Straftaten sind **neben Einheimischen auch die tatsächlich Schutzbedürftigen**, die mit den perspektivlosen jungen Männern in Flüchtlingsunterkünften zusammenleben müssen.

Bundestag in Kürze:

Gesetz zur Änderung des Strafgesetzbuches – Ausweitung des Maßregelrechts bei extremistischen Straftätern

In zweiter und dritter Lesung haben wir eine Ausweitung der Weisung zur elektronischen Aufenthaltsüberwachung (elektronische Fußfessel) bei verurteilten extremistischen Straftätern verabschiedet. Zum einen soll eine elektronische Aufenthaltsüberwachung auch nach der Verbüßung von Haftstrafen für die Vergehen der **Vorbereitung einer schweren staatsgefährdenden Gewalttat**, der **Terrorismusfinanzierung**, der **Unterstützung** einer in- oder ausländischen **terroristischen Vereinigung** sowie des **Werbens um Mitglieder** oder Unterstützer für Selbige möglich sein. Zum anderen sollen für die Anordnung bereits zwei statt wie derzeit drei Jahre Haft ausreichend sein.

Gesetz zur Änderung des Strafgesetzbuches – Stärkung des Schutzes von Vollstreckungsbeamten und Rettungskräften

Unsere **Polizisten** und die Hilfskräfte der **Feuerwehr**, des **Katastrophenschutzes** und der **Rettungsdienste** verdienen **Respekt und Wertschätzung**. In Anbetracht zunehmender Gewaltdelikte, vor allem gegenüber Polizisten, beschlossen wir Änderungen zum besseren Schutz dieser Personengruppen bei gewalttätigen Übergriffen. Mit der Einführung eines neuen Straftatbestandes des „**Tätlichen Angriffs auf Vollstreckungsbeamte**“ wollen wir tätliche Angriffe auch bei allgemeinen Diensthandlungen wie etwa dem bloßen Streifengang gesondert unter Strafe stellen. Diese gelten bereits dann als schwerer Fall, wenn der Täter eine Waffe oder ein anderes gefährliches Werkzeug bei sich führt, selbst wenn eine tatsächliche Verwendungsabsicht nicht vorliegt.

Gesetz zum weiteren quantitativen und qualitativen Ausbau der Kindertagesbetreuung

In zweiter und dritter Lesung setzten wir das 4. Investitionsprogramm ***„Kinderbetreuungsfinanzierung“*** zwischen Bund und Ländern um. Wir sichern die gemeinsame Finanzierung von **100.000 zusätzlichen Betreuungsplätzen** für Kinder – nicht wie bislang nur für Kleinkinder unter drei Jahren, sondern bis zum Schuleintritt. Dazu stocken wir das vom Bund 2007 eingerichtete Sondervermögen um **1,126 Mrd**. Euro auf. Dieses Jahr werden Bundesmittel in Höhe von **226 Mio**. Euro und in den Jahren **2018 bis 2020 jährlich je 300 Mio**. Euro als Einlage getätigt. Im Rahmen des Programms können künftig auch Investitionen gefördert werden, die der Bewegungsförderung, der gesundheitlichen Versorgung sowie der Inklusion oder der Familienorientierung dienen.

Gesetz zu bereichsspezifischen Regelungen der Gesichtsverhüllung

Wir beschlossen Vorgaben, wonach **Beamte, Soldaten und Wahlhelfer** bei der Ausübung ihres **Dienstes** sowie bei **Tätigkeiten mit unmittelbarem Dienstbezug** ihr Gesicht **nicht verhüllen** dürfen. Ausnahmen sind nur aus dienstlichen oder gesundheitlichen Gründen vorgesehen. Des Weiteren trafen wir Regelungen im Personalausweis-, Aufenthalts- und EU-Freizügigkeitsgesetz sowie in der Bundeswahlordnung, um die Möglichkeit des **Abgleichs von Lichtbild und Gesicht** einer Person, etwa beim Behördengang, sicherzustellen.

Wirtschaft trifft Politik

Julia Obermeier MdB begrüßt Wirtschaftsjunior in Berlin

Wirtschaft trifft Politik – das ist das Ziel des Know-how-Transfers, einer Projektwoche der Wirtschaftsjunioren Deutschland, an der sich auch die Münchner Bundestagsabgeordnete Julia Obermeier beteiligt hat. Eine Woche lang war der Wirtschaftsjunior Peter Goldbach zu Gast in ihrem Berliner Büro. Sie gewährte ihm so einen kleinen Einblick in den Berliner Politikbetrieb.

„Es freut mich, dass die Wirtschaftsjunioren diesen Dialog zwischen Politik und Jungunternehmern wieder organisiert haben. Dieser Austausch ist für beide Seiten wertvoll. Nur so können wir uns darüber austauschen, welche Auswirkungen politische Entscheidungen für das einzelne Unternehmen haben. Deshalb habe ich mich auch in diesem Jahr wieder gerne an dem Know-how-Transfer beteiligt.“

Insgesamt nahmen 205 junge Unternehmer und Führungskräfte aus ganz Deutschland an dem Know-how-Transfer der Wirtschaftsjunioren Deutschland teil.

Wirtschaftsjunior Peter Goldbach mit Julia Obermeier MdB in Berlin

Die Wirtschaftsjunioren Deutschland (WJD) bilden mit mehr als 10.000 Mitgliedern aus allen Bereichen der Wirtschaft den größten deutschen Verband von jungen Unternehmern und Führungskräften. Bei einer Wirtschaftskraft von mehr als 120 Mrd. Euro Umsatz verantworten sie rund 300.000 Arbeits- und 35.000 Ausbildungsplätze. Seit 1958 sind die Wirtschaftsjunioren Deutschland Mitglied der mehr als 100 Nationalverbände umfassenden Junior Chamber International (JCI).

Zahl der Woche

1.408 Brauereien in Deutschland

Im Jahr **2016** stellten in Deutschland **1.408** Brauereien rund **88** Millionen Hektoliter Bier (ohne alkoholfreies Bier) her. Wie das Statistische Bundesamt zum Tag des deutschen Bieres weiter mitteilt, befanden sich darunter allein **624** Brauereien (44 %) in Bayern, wo auch mit rund **24** Millionen Hektolitern im Ländervergleich das meiste Bier gebraut wurde. Mit **195** Brauereien folgte Baden-Württemberg, wo rund **5** Millionen Hektoliter Bier erzeugt wurden. Nordrhein-Westfalen nahm mit **132** Brauereien den dritten Platz ein. Dort wurde mit rund **20** Millionen Hektolitern die zweithöchste Menge Bier in einem Bundesland hergestellt.

Gegen Desinteresse und Politikverdrossenheit

Julia Obermeier MdB im Dialog mit Schülerinnen und Schüler des Münchner Isar-Gymnasiums.

Foto: Isar-Gymnasium München

„Tür auf – Film ab“ – unter diesem Motto standen die diesjährigen Aktionstage ***„Politik macht Schule“*** die vom Verband Bayerischer Privatschulen, dem Katholischen Schulwerk in Bayern, der Evangelischen Schulstiftung und den Montessorischulen Nordbayern organisiert wurden. Bundestagsabgeordnete unterrichteten an **Freien Schulen in Bayern**. Sie wollen den Dialog mit Schülerinnen und Schüler suchen und diesen damit einen direkten Zugang zum demokratischen Prozess der anstehenden Bundestagswahlen ermöglichen.

Julia Obermeier MdB nahm die Einladung – in einer Unterrichtsstunde der 11. Klasse am **Münchner Isar Gymnasium** ihre Arbeit als Verteidigungspolitikerin vorzustellen – gerne an. Die CSU-Bundestagsabgeordnete möchte helfen, **Demokratie zu veranschaulichen** und bei den Jugendlichen für **Interesse an der Politik** werben.

„Es hat mir große Freude gemacht, den Schülerinnen und Schülern meine Arbeit in Berlin und Bayern vorzustellen. Die große Aufmerksamkeit und die sehr guten Fragen der Jugendlichen haben mich ganz besonders begeistert. Dieser Dialog an Schulen ist für beide Seiten ein interessanter und wichtiger Austausch. Für diese Möglichkeit, Demokratie aktiv zu fördern, möchte ich mich herzlich bei den Organisatoren bedanken“, sagte die Abgeordnete nach der Schulstunde. Obermeier weiter: **„Wir leben in politisch turbulenten Zeiten und dabei ist es wichtig, dass sich die Jugend wieder verstärkt über Politik informiert und sich auch engagiert.“**

Obermeier stellte eingangs die Sitzungswoche des Deutschen Bundestages vor. Abgeordnete verbringen über 20 Wochen im Jahr in Berlin. Besonders interessiert waren die Elftklässler des Isar-Gymnasiums an Obermeiers Arbeit im Verteidigungsausschuss. Hier hatte die Abgeordnete viel von ihren Truppenbesuchen, wie etwa aus dem Irak oder Mali, zu berichten.

Die Schulstunde wurde zusätzlich gefilmt und auf eine eigens dafür eingerichtete Plattform eingestellt. So können auch die Eltern die Unterrichtsstunde „nachholen“.

Foto: Isar-Gymnasium München

Die „Unterrichtsstunde“ können Sie sich hier ansehen: http://bit.ly/2q0Br8o

Gerne bin ich für Sie da!

Büro München:
Julia Obermeier MdB
Brunhamstraße 21
81249 München

Bitte vereinbaren Sie einen Termin:
Tel: 089/ 893 99 099
Fax: 089/ 893 99 100
julia.obermeier.wk@bundestag.de

Hier erreichen Sie mich

Meine Website:

www.julia-obermeier.de

Folgen Sie mir auf Twitter:

@Julia_Obermeier

Auf Facebook:

Julia Obermeier

Schreiben Sie mir eine E-Mail:

julia.obermeier@bundestag.de

Julia Obermeier vor Ort

28.04.2017 – 16.00 Uhr	**Moderation des Integrationskongresses „Integration in Bayern – Eine Erfolgsgeschichte“ des CSU-Arbeitskreis Migration und Integration**, CSU-Landesleitung, Mies-van-der-Rohe-Straße 1, 80807 München. **EINLADUNG**
29.04.2017 – 20.00 Uhr	**Festrednerin bei der Damenverbindung ADV Selenia**
01.05.2017 – 13.00 Uhr	**Maibaumaufstellen beim Maibaum-Verein St.Markus München-Neuaubing e.V.**

PS: Sie können den Erhalt des Newsletters „Post aus Berlin“ jederzeit mit Wirkung für die Zukunft abbestellen, per E-Mail julia.obermeier@bundestag.de, telefonisch Tel.: 030/227 77188, per Fax: 030/227 70189 oder postalisch an: Julia Obermeier MdB, Platz der Republik 1, 11011 Berlin